

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Kerstin Andreae, Dr. Franziska Brantner, Dr. Thomas Gambke, Britta Haßelmann, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Jürgen Trittin, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 18/5500, 18/5502, 18/6105, 18/6124, 18/6125, 18/6126 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016  
(Haushaltsgesetz 2016)**

**hier: Einzelplan 05  
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland im Haushalt 2016, Kapitel 05 01 bei Titelgruppe 03, Titel 687 32, sind auf insgesamt 1 Milliarde Euro zu erhöhen.

Berlin, den 23. November 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

## Begründung

Der Konflikt in Syrien hat 250.000 Menschen ihr Leben gekostet, über eine Million Menschen wurden verwundet. Er hat die größten Flüchtlingsbewegungen seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst. Die Nachbarländer Syriens sind davon am Stärksten betroffen. Der WFP (UN World Food Programme) musste im September die monatlichen Rationen in Libanon und Jordanien schon um die Hälfte kürzen.

Im Jemen sind nahezu 9 von 10 Toten ZivilistInnen. 21,1 Millionen Menschen – das sind 80 % der Bevölkerung – benötigen humanitäre Hilfe. Der Konflikt in Jemen wie auch der in der Zentralafrikanischen Republik sind aus dem öffentlichen Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit weitgehend verschwunden. Dabei sind in der Zentralafrikanischen Republik Ende September gerade wieder Zehntausende vor der Gewalt in Bangui geflohen. Auch dass der Konflikt im Südsudan den zweitgrößten humanitären Hilfsbedarf überhaupt ausgelöst hat, bleibt weitgehend unbeachtet.

Weltweit gesehen haben Syrien (insgesamt 7,4 Milliarden US-\$), Südsudan (insgesamt 2,3 Milliarden US-\$), Jemen (1,6 Milliarden US-\$) und Sudan (1 Milliarde US-\$) gegenwärtig den höchsten Bedarf an humanitärer Hilfe.

Doch auch die vielen anderen Krisen sollten nicht aus dem Blick geraten. So haben gerade vergleichsweise kleinere Krisen mit riesigen Deckungslücken zu kämpfen, so im Senegal, in Djibouti und der Sahel-Region. Allen voran Gambia, dessen humanitärer Hilfsbedarf zu ganzen 5% gedeckt ist.

Die Zahlen sind alarmierend: Der weltweite humanitäre Bedarf hat sich seit der Jahrtausendwende vervierfacht. Allein gegenüber dem Vorjahr – und auch da war er schon auf Rekordniveau – ist er um 10% gestiegen auf jetzt 19,5 Milliarden US-\$. Das allein wäre beunruhigend genug, doch schlimmer noch: mehr als die Hälfte dieses Bedarfs (57%) ist derzeit nicht gedeckt.

Deutschland hat seinen Ansatz für die humanitäre Hilfe im Ausland moderat aufgestockt, nämlich um 105 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Das dies bei Weitem nicht ausreichend ist, liegt auf der Hand. So sind bereits im Laufe der Haushaltsverhandlungen noch einmal 228,5 Millionen Euro hinzugekommen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings immer noch ein viel zu kleiner. Die dramatische Situation braucht entschlossene Antworten.

Großbritannien hatte im vergangenen Jahr ein deutlich niedrigeres Bruttoinlandsprodukt als Deutschland. Trotzdem hat Großbritannien doppelt so viel wie Deutschland für humanitäre Hilfe ausgegeben. Mehr Hilfe ist also möglich. Für 2016 fordern wir daher eine Erhöhung des Etatansatzes auf 1 Milliarde Euro. Dieses Geld sollte insbesondere in die schwersten humanitären Krisen unserer Zeit – allen voran Syrien – fließen, aber auch die sogenannten „vergessenen“ sowie die stark unterfinanzierten Krisen berücksichtigen.